

Übersetzung aus dem Englischen

**Es ist eine moralische und politische Notwendigkeit, Prozessparteien in Land- und Eigentumsangelegenheiten aus dem Labyrinth der Statistiken zu befreien.**

**Von Ramesh Sharma, erschienen am 10.12.2025 unter [downtoearth.org.in/governance/it-is-a-moral-and-political-imperative-to-free-land-and-property-related-litigants-from-the-labyrinth-of-statistics](https://downtoearth.org.in/governance/it-is-a-moral-and-political-imperative-to-free-land-and-property-related-litigants-from-the-labyrinth-of-statistics)**

In Indien sind die verfassungsmäßigen Schutzmaßnahmen für Landrechte nach wie vor weitgehend symbolischer Natur und die Umsetzung der rechtlichen Garantien ist uneinheitlich und unvollständig. Infolgedessen hängt die (Un-)Wirksamkeit der Landrechte – oft als „Mutter der Menschenrechte“ bezeichnet – nun stark von der Sensibilität der demokratischen Institutionen des Landes ab: der Legislative, der Exekutive und der Judikative. Wir leben in einer Demokratie, in der die Legislative sich der politischen Logik hinter Landreformen oft nicht bewusst ist, die Exekutive dem administrativen Potenzial der Sicherung von Landrechten gleichgültig gegenübersteht und die Judikative sich weitgehend hilflos sieht, wenn es darum geht, die Ansprüche der Landlosen zu behandeln. Infolgedessen wird mehr als der Hälfte der indischen Bevölkerung – denjenigen, die von Wasser, Wäldern und Land abhängig sind – ihre verfassungsmäßigen Ansprüche verweigert.

Laut der sozioökonomischen- und Kastenzählung der indischen Regierung (2015) sind schätzungsweise 53,7 Millionen Menschen landlos. Ebenso besorgniserregend ist, dass bis Februar 2025 fast 51,9 Millionen Fälle im Zusammenhang mit Land und Eigentum vor indischen Gerichten anhängig sind. Zwischen diesen beiden erschütternden Daten verbirgt sich die verborgene Realität der verweigerten Gerechtigkeit. Millionen von Menschen, die vor Gericht stehen, sind Opfer unvollständiger Landreformen und haben noch nicht einmal ein Mindestmaß an Gerechtigkeit erfahren. Dies offenbart eine tiefere Wahrheit: Die Institutionen, die für die Gewährleistung von Landrechten zuständig sind, waren bestenfalls unsensibel und schlimmstenfalls ineffektiv.

Die Justiz, die laut Verfassung die Hüterin der Rechte und der Gerechtigkeit ist, hat selbst zu kämpfen. Der ehemalige Oberste Richter P. N. Bhagwati hat einmal treffend gesagt, dass verzögerte Gerechtigkeit verweigerte Gerechtigkeit ist. Angesichts von über 51,9 Millionen anhängigen Verfahren vor den Gerichten ist die Unfähigkeit des Systems, auf die Bedürfnisse der Landlosen einzugehen, nicht nur ein administratives Versagen, sondern eine unmenschliche Tragödie. Während die Legislative durch politische und finanzielle Zwänge eingeschränkt sein mag und die Exekutive zwar administrativ autonom, aber politisch unterwürfig ist, sehen die Landlosen nun die Justiz als ihre letzte Zuflucht.

Am 7. Februar 2025 legte der Staatsminister für Recht und Justiz (unabhängiger Zuständigkeitsbereich), Arjun Ram Meghwal, auf eine Frage des Parlamentsabgeordneten Asaduddin Owaisi hin dem Parlament wichtige Zahlen vor. Unter Berufung auf das Nati-

onale Justizdatenregister (Stand: 30. Januar 2025) berichtete er, dass beim Obersten Gerichtshof 82.922 Landrechtsfälle (weniger als ein Prozent) anhängig sind, bei den High Courts 6,23 Millionen (12 Prozent) und bei den Bezirks- und Untergerichten 45,6 Millionen (87 Prozent). Um den Rückstau an Fällen zu beseitigen, startete die Regierung Modi 2011 die Nationale Mission für Rechtspflege mit dem Ziel, den Zugang zur Justiz zu verbessern, die Bearbeitung von Fällen zu beschleunigen, Rechenschaftsmaßstäbe festzulegen und die Kapazitäten der Justiz zu stärken. Dazu gehörten schrittweise Initiativen zur Verringerung des Rückstaus, zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Reform der Politik in Regionen mit hohem Rückstau und zur Neugestaltung der Gerichtsverfahren.

Doch fast 14 Jahre später sind die Ergebnisse dieser nationalen Mission noch immer unklar. Die Fortschrittsberichte müssen veröffentlicht werden – nicht nur, um denjenigen, die auf Gerechtigkeit warten, wieder Hoffnung zu geben, sondern auch, damit die Gesellschaft die Verpflichtungen der Regierungen, die behaupten, sich für die Marginalisierten einzusetzen, beurteilen kann. Ohne Transparenz laufen diese Initiativen Gefahr, bloße intellektuelle Übungen und bürokratische Behauptungen zu bleiben, während die Justiz darum kämpft, ihren verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen.

Trotz jahrzehntelanger Versprechungen – Schnellgerichte für Landlose, alternative Streitbeilegungsmechanismen, erweiterte Rechtshilfedienste und gestärkte Justizbehörden – bleibt die Realität düster. Indien steht heute weltweit an erster Stelle, was die Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren angeht. Dies spiegelt zwar den enormen Druck auf das Justizsystem wider, zeigt aber auch, dass insbesondere arme Menschen endlose Verzögerungen erdulden müssen. Ein Bericht der NITI Aayog (2018) schätzt, dass es bei der derzeitigen Geschwindigkeit 324 Jahre dauern würde, alle anhängigen Fälle zu bearbeiten. Der World Justice Report 2025 platziert Indien unter 143 Ländern auf Platz 114 in Bezug auf die zeitnahe und qualitativ hochwertige Rechtsprechung – eine äußerst besorgniserregende Position. Es ist offensichtlich, dass noch erhebliche Reformen erforderlich sind, insbesondere um eine zeitnahe Rechtsprechung für arme Menschen zu gewährleisten.

Die menschlichen Kosten der Verzögerungen sind enorm. 1988 wandte sich Sutanu Manjhi an den Obersten Gerichtshof von Kalkutta, um sein Recht auf vier Bighas Land einzufordern; bis heute hat er keine Gerechtigkeit erfahren. In Tamil Nadu wartet Chin-namma seit 2002 darauf, dass das Bezirksgericht von Thanjavur tätig wird, nachdem sie gewaltsam von ihrem Land vertrieben wurde. Ob es Kanti Devi aus Odisha ist, die seit 1998 gegen eine unrechtmäßige Landenteignung kämpft, oder Sukhwinder Kaur, die seit 17 Jahren vor dem Bezirksgericht Fazilka in Punjab erscheint – die schwindenden Hoffnungen dieser Menschen spiegeln die Verzweiflung von Millionen wider. Sie stehen vor dem Justizsystem nicht, weil sie machtlos sind, sondern weil sie Mut und Geduld gewählt haben, anstatt in ihrer eigenen Heimat landlos zu sterben.

Heute bleibt die einzige Alternative zur Gerechtigkeit die Gerechtigkeit selbst. Es ist daher eine moralische und politische Verpflichtung sowohl für die Regierung als auch für die Gesellschaft, die 51,9 Millionen Prozessparteien in Land- und Eigentumsangelegen-

heiten aus dem Labyrinth der Statistiken zu befreien und die von der Verfassung versprochene Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dezentrale Mechanismen wie Gram Nyayalayas bieten gangbare Wege, die jedoch noch nicht vollständig umgesetzt sind.

Für marginalisierte und landlose Menschen ist das Recht auf Land die Grundlage aller Menschenrechte. Die unbeantwortete Frage bleibt: Ist für diejenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden – die dieses Land immer als ihre Heimat betrachtet haben – ihre Staatsbürgerschaft nicht unvollständig, wenn sie nicht einmal zwei Bighas Land besitzen? In dieser sogenannten Amrit Kaal der Unabhängigkeit bleibt die Hälfte der indischen Bevölkerung dazu verdammt, von Gerechtigkeit zu träumen, während sie schweigend zwischen dem unausgesprochenen „Ja“ und „Nein“ der Gesellschaft und des Staates steht.